

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
OBM/13

Verantwortliche/r:
Bürgermeister- und Presseamt

Vorlagennummer:
13-3/028/2021

Einbürgerungsinitiative

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Ausländer- und Integrationsbeirat	30.09.2021	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

Amt 13, Amt 33

I. Antrag

Der Ausländer- und Integrationsbeirat bittet das Bürgeramt, der Empfehlung des Sachverständigenrats für Integration zu folgen und im Sinne der Willkommenskultur gezielt für die Einbürgerung werben und dauerhaft eine pro-aktive Ansprache und Beratung einzurichten.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Durch eine pro-aktive Einbürgerungsberatung und -ansprache soll die Einbürgerungsquote dauerhaft angehoben werden. Damit würde die umfassende politische Teilhabe von Bürger*innen mit Migrationsgeschichte ermöglicht und deren Integrationsprozess positiv unterstützt / deren Identifizierung mit der Bundesrepublik Deutschland gefördert. Bundesweit und auch in Erlangen wird das Potenzial an möglichen Einbürgerungen nicht ausgeschöpft. Gemäß dem SVR würden manche nicht wissen, dass sie sich einbürgern lassen könnten. Gleichzeitig sind Einbürgerungen ein wichtiges Signal an die Mehrheitsgesellschaft für ein offenes und tolerantes Zusammenleben in einer vielfältigen Stadtgesellschaft.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Der Beirat begrüßt den Vorschlag der Verwaltung, dass alle potenziell einbürgerungsberechtigten Bürger*innen in Zusammenarbeit der Koordinationsstelle Integration und des Bürgeramts einen Informationsbrief erhalten sollen. Demnach sollen die Bürger*innen auf die Möglichkeit sowie auf die Vor- und Nachteile einer Einbürgerung und den Link zum Portal Einbürgerung Quick-Check des bayerischen Innenministeriums hingewiesen werden und ein Angebot zur Beratung erhalten. Die Informationen sollen auch über den Internetauftritt und weitere geeignete Kanäle verbreitet werden.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

4. Klimaschutz:

Entscheidungsrelevante Auswirkungen auf den Klimaschutz:

- ja, positiv*
 ja, negativ*

nein

Wenn ja, negativ:
Bestehen alternative Handlungsoptionen?

*ja**
 *nein**

**Erläuterungen dazu sind in der Begründung aufzuführen.*

Falls es sich um negative Auswirkungen auf den Klimaschutz handelt und eine alternative Handlungsoption nicht vorhanden ist bzw. dem Stadtrat nicht zur Entscheidung vorgeschlagen werden soll, ist eine Begründung zu formulieren.

5. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Haushaltsmittel

werden nicht benötigt
 sind vorhanden auf IvP-Nr.
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
 sind nicht vorhanden

Anlagen:

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang